

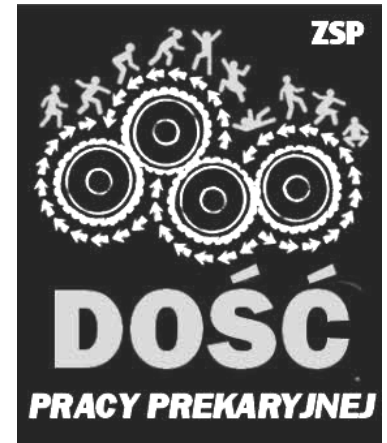
Solidarität mit polnischen ArbeiterInnen und Erwerbslosen!

Nach offiziellen Angaben liegt der allgemeine Durchschnittslohn in Polen bei 935 Euro. Dieser allgemeine Durchschnittslohn spiegelt aber nicht die wirklichen Arbeitseinkommen der polnischen Bevölkerung wider. Der Mindestlohn beträgt in Polen 374 Euro. Zum Beispiel erhält eine Kassiererin im Supermarkt ungefähr 387 Euro. Die 935 Euro werden nicht einmal annähernd erreicht. Oft muss noch eine zweite Tätigkeit ausgeübt werden, um mit den gezahlten Löhnen über die Runden zu kommen, da die Löhne zu gering sind, um davon leben zu können. Die Mieten in Polen sind sehr hoch und die Preise sind gestiegen. In Großstädten wie Warschau müssen unsere polnischen NachbarInnen für eine Zweiraumwohnung 480 Euro bezahlen und für Lebensmittel bezahlen sie sogar mehr als in Deutschland. Bei Lidl in Polen ist das Mineralwasser 70% teurer als in Deutschland.

Zunehmend schlechtere Zustände für ArbeiterInnen und Erwerbslose in Polen

Für die arbeitenden Menschen in Polen sind die Umstände sehr schlecht. Die Kehrseite von Beschäftigung ist im kapitalistischen Verwertungssystem die Erwerbslosigkeit. Die Anzahl der Erwerbslosen steigt derzeit an. Nach offiziellen Angaben (Statistikamt GUS) sind im Februar 2013 in Polen 2,337 Millionen Menschen bei den Arbeitsämtern als Erwerbslose registriert. Der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen wird in Polen durch viele Bestimmungen und Gesetze erschwert. In den ersten drei Monaten Erwerbslosigkeit erhält man 145 Euro Arbeitslosengeld. Aber nur wenn man vorher 5 bis 20 Jahre gearbeitet hat. Danach ist das Arbeitslosengeld noch geringer. Viele Erwerbslose müssen von ihren Familien unterstützt werden oder gehen einer illegalen Beschäftigung nach.

Genau wie in Deutschland mit Hartz 4, versucht die polnische Regierung die Situation der Erwerbslosen zu verschlechtern. Sie plant ein Gesetz, das den Arbeitsämtern die Möglichkeit gibt, Erwerbslosen die Krankenversicherung zu entziehen, wenn sie ein Arbeitsangebot des Arbeitsamtes ablehnen. Genau wie in Deutschland bei Hartz 4 versucht die polnische Regierung Menschen in Billigbeschäftigung zu pressen und droht mit Sanktionen, wodurch die Erwerbslosen gezwungen sind, jeden noch so miesen Job anzunehmen.



"Stoppt prekäre Arbeit"
(Grafik der ZSP)

Gesetzgebung zugunsten der ArbeitgeberInnen

Da die Bedingungen für die ArbeiterInnen in Polen sehr schlecht sind, versuchen viele ihr Glück im Ausland zu finden. Viele arbeiten auch in Deutschland, aber sehr oft werden sie auch hier wie zu Hause ausgebeutet. Leiharbeit und Werksverträge für ArbeiterInnen aus Polen sind gang und gäbe. Oftmals wird ihr Lohn nicht ausgezahlt, so dass sie mittellos in der Fremde überleben müssen. Hinzu kommt, dass sie von vielen als billige Konkurrenz gesehen werden, ohne darüber nachzudenken, warum die Situation so ist, wie sie ist. Durch die Gesetzgebung werden im Interesse der UnternehmerInnen die schlechten Zustände bewusst auf Kosten der ArbeiterInnen in Polen, wie auch in anderen Ländern herbeigeführt. Zudem wurde in Polen letzte Woche durch eine gesetzliche Neuregelung der vor 100 Jahren erkämpfte 8-Stunden-Arbeitstag abgeschafft.

Abhilfe nur durch solidarische Organisation der Betroffenen

Die neoliberale Ideologie hat ganz Europa erfasst und die Leidtragenden sind die lohnabhängigen Beschäftigten und Erwerbslosen. Da hilft nur eins, Solidarität! Haltet eure Augen und Ohren offen, in den Betrieben, bei Gesprächen mit KollegInnen, Bekannten und FreundInnen. Erkundigt euch nach den Arbeitsbedingungen polnischer und auch anderer ausländischer KollegInnen. Sprecht sie an, klärt sie über ihre Rechte auf. Thematisiert öffentlich schlechte Zustände und bietet eure Hilfe an. Gemeinsam für bessere Verhältnisse kämpfen und die Spaltung überwinden. Wir haben alle das gleiche Problem. Das Problem heißt Ausbeutung!

Berlin, 18. Juni 2013

Sektion Hartz-IV-Komplex der Basisgewerkschaft FAU Berlin in Zusammenarbeit mit der ZSP



Kontakt zur Sektion:
Mail: faub-prekaer@fau.org

Kommt zur Gründungsveranstaltung der Sektion Hartz-IV-Komplex im Juli! (Näheres in Kürze auf der FAU-Berlin-Website)

FAU Berlin, Lottumstraße 11, 10119 Berlin
(U8 Rosenthaler Platz, U2 Rosa-Luxemburg-Platz)
Fon: 030 287 008 04
Fax: 030 287 008 13
Mail: faub-kontakt@fau.org
Web: <http://berlin.fau.org>

Offenes Büro: Jeden Freitag von 17-20 Uhr
Gewerkschaftliche Beratung: Jeder 2. und 4. Freitag im Monat von 17-18 Uhr